Staatsbauverwaltung erhält 32 BMW i3 mit Elektro-Antrieb

7. August 2017

+++ Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann hat der bayerischen Staatsbauverwaltung heute 32 neue Dienstfahrzeuge mit Elektro-Antrieb übergeben. Die aktuellen BMW i3 Modelle mit sogenanntem „Range Extender" sind rein elektrisch betrieben und sollen von den Baubehörden auf Kurz- und Langstrecken eingesetzt werden. Herrmann: „Die Elektromobilität hat als zukunftsweisende Technologie das Potential, Schadstoff-Emissionen zu senken, die Luftqualität in stark verkehrsbelasteten Städten zu verbessern und Verkehrslärm zu vermindern. Mit unserer Beschaffungsinitiative setzen wir Impulse für den Elektro-Antrieb und verleihen dieser Zukunftstechnik neue Schubkraft". +++

Wie Herrmann heute in der „BMW Welt" in München mitteilte, werden die neuen Elektro-Fahrzeuge die Fuhrparks aller Staatlichen Baumämter, der Autobahndirektionen, der Landesbaudirektionen und der Obersten Baubehörde ergänzen. „Der BMW i3 kann mit seiner Wendigkeit und dem lokal emissionsfreien BMW eDrive Elektroantrieb vor allem im urbanen Raum seine Stärken voll ausspielen und eignet sich daher hervorragend als Dienstfahrzeug", erläuterte Peter Mey, Leiter der BMW Niederlassung München, bei der Übergabe.

Um das Thema Elektromobilität als zukunftsweisende und umweltfreundliche Technologie mitzugestalten und den Standort Bayern zu ihrem Vorreiter zu machen, hat die Staatsregierung nach Herrmanns Worten im November 2008 die „Zukunftsoffensive Elektromobilität" beschlossen. Der Freistaat gehe hierbei auch selbst mit gutem Vorbild voran. Die Staatsregierung hat sich laut Herrmann zum Ziel gesetzt, den Anteil der Elektroautos im staatlichen Fuhrpark bei Neuzulassungen von geeigneten Fahrzeugen auf 20 Prozent zu erhöhen.

Herrmann weiß, dass eine flächendeckende und verlässliche Ladeinfrastruktur entscheidend ist für den Erfolg elektrisch betriebener Autos. Der Innen- und Verkehrsminister plant daher ein dichtes Netz aus knapp 190 Ladesäulen an unterschiedlichen Behördenstandorten. Künftig sollen in allen 71 Landkreisen und 25 kreisfreien Städten Bayerns Autofahrer bei Behördenbesuchen ihr Elektrofahrzeug beispielsweise bei einer Polizeiinspektion, einem staatlichen Bauamt oder einem Amtsgericht kostenfrei laden können. Herrmann: „Ich bin überzeugt davon, dass wir die Infrastruktur für Elektroautos weiter ausbauen müssen. Wir brauchen in Bayern ein flächendeckendes Netz ohne weiße Flecken auf der Landkarte. Je besser die Versorgung mit Schnellladesäulen ist, desto mehr Menschen steigen auch auf ein Elektroauto um." Insgesamt investiert der Freistaat Bayern 3,8 Millionen Euro in die Ladeinfrastruktur an Behördenstandorten. An knapp 60 Standorten sind bereits jetzt Ladesäulen vorhanden. An weiteren Bestandsgebäuden soll nachgerüstet werden. Bei allen staatlichen Neubau- und größeren Sanierungsmaßnahmen ist es seit 2015 sogar Pflicht, eine Ladesäule vorzusehen. Mit dem Ausbau der Ladesäulen und den 32 beschafften Elektroautos verbindet Herrmann eine klare Signalwirkung: „Je mehr Elektrofahrzeuge unterwegs sind, desto größer ist unser Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und Lärmminderung."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers